



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Gewerkschaft der Polizei • Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

Schreiben an
die Landtagsabgeordneten
des Hessischen Landtags

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen
AG/rb

Datum
22. Okt. 2014

Mitglied der
European Confederation
of Police (EUROCOP)

Landesbezirk Hessen
Landesvorsitzender

Andreas Grün

Wilhelmstraße 60 a
65183 Wiesbaden

Telefon
+49 (0) 611 - 99 22 7 - 0

Telefax
+49 (0) 611 - 99 22 7 - 27

E-Mail
gdphessen@t-online.de

www.gdp.de/hessen

Sehr geehrte/r Frau/Herr MdL,

in den nächsten Tagen wird der erste Entwurf des Landeshaushaltes 2015 in den Hessischen Landtag eingebracht. Wie wir bereits aus den Medien entnehmen konnten, steht der Haushaltsentwurf unter dem Rubrum der landesverfassungsrechtlichen Schuldenbremse.

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs durch Finanzminister Dr. Thomas Schäfer am 08.10.2014 ist als Konsolidierungsmaßnahme ausgewiesen, dass mit einer Anpassung der hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfeleistungen für Beihilfeberechtigte 20 Mio. Euro p.a., beginnend ab 2015, eingespart werden sollen.

Dieser haushaltspolitischen Diktion müssen wir aus Sicht der hessischen Polizei energisch widersprechen. Gerade die stetig zunehmenden physischen und psychischen Belastungen, welchen die hessischen Polizeibeschäftigten ausgesetzt sind, erfordern andere Handlungsstrategien als pauschale Einsparungen bei der Krankenversorgung. Die Beihilfe ist keine Zusatzleistung des Dienstherrn für seine Beschäftigten, sondern der „Arbeitgeberanteil“ an der Krankenversicherung der Beamtinnen und Beamten.

Für die Polizistinnen und Polizisten selbst wird der Dienst zunehmend schwerer und belastender. Belastende Konfrontationen, etwa bei der Aufnahme von schwersten Verkehrsunfällen mit getöteten Menschen, darunter vielen Kindern,

die oftmals bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind, hinterlassen Spuren, auch in der Psyche eines Menschen. Ebenso belastend ist die Leichensachbearbeitung, in deren Verlauf die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten vom Eintreffen an den Tatorten bis zur Obduktion psychisch enorm gefordert sind.

Ein wachsendes Kriminalitätsphänomen ist die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und –beamte. Bei alltäglichen Einsatzsituationen werden unsere Kolleginnen und Kollegen beschimpft, bespuckt, beleidigt und körperlich angegriffen. Bundesweit wurden in 2013 fast 60.000 Polizeibeamte/-innen Opfer von Straftaten. Das sind 162 pro Tag. 3.393 Kolleginnen und Kollegen wurden Opfer einer gefährlichen oder schweren Körperverletzung - das sind rund neun Kolleginnen und Kollegen pro Tag.

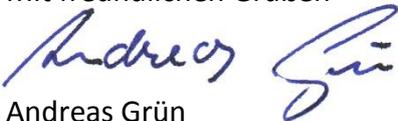
Diesem Phänomen mit immer neuen Schutzausstattungen zu begegnen, darf nicht die einzige Strategie der politisch Verantwortlichen sein.

Alle geschilderten Situationen hinterlassen deutliche Spuren bei unseren Polizistinnen und Polizisten. Wenn nicht aus behördlicher Sicht eingegriffen wird, auch Helfer brauchen Hilfe, summieren sich die psychischen Belastungen mit der Zeit und bedürfen zunehmend einer fachärztlichen Behandlung.

Dabei handelt es sich in den wenigsten Fällen um Dienstunfälle. Die „Anpassung der hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe“ werden dazu führen, dass die Polizistinnen und Polizisten bei der Behandlung von einsatzbelastenden Folgen nicht die ärztlichen Behandlungen erhalten, die geboten sind.

Sehr geehrte/r Frau/Herr MdL, wir, die Gewerkschaft der Polizei, bitten Sie um Hilfe. Unterstützen Sie uns bei unseren Bemühungen, dass die Leistungen bei der Beihilfe für die Polizistinnen und Polizisten nicht gekürzt werden. Gerne sind wir bereit mit Ihnen in einen Dialog zu treten, um eine polizeibezogene und erforderliche Beihilfeverordnung zu beraten, die sich nicht an pauschalen Streichungen, sondern an den heutigen Erfordernissen einer modernen Beihilfe orientiert.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Grün

Landesvorsitzender